

# Alternative für Deutschland

AfD-Fraktion im Kreistag des  
Landkreises Waldeck-Frankenberg



AfD-Fraktion Waldeck-Frankenberg, Rosenstraße 4, 34513 Waldeck  
An den Kreistagsvorsitzenden  
des Landkreises Waldeck-Frankenberg  
Herrn Rainer Hesse  
Südring 2  
34497 Korbach

20.11.2023

## **Antrag gem. § 9 Geschäftsordnung**

**Antrag zur präventiven Ermittlung von Kapazitäten und Festlegung Obergrenze für die Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen/Migranten durch die Gemeinden im Landkreis Waldeck-Frankenberg.**

Sehr geehrte Herr Vorsitzender,

Der Kreistag möge folgendes zur Verhinderung von unvorhersehbaren Schäden und Gefährdung der Gemeinden und Einwohner des Landkreises im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Massenmigration beschließen:

Der Kreisausschuß wird beauftragt zusammen mit der Kreisverwaltung bei jeder Gemeinde des Landkreises eine verbindliche Obergrenze für die Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen und Migranten (FuM) anzufragen.

Der Landkreis verpflichtet sich bei den Zuweisungen von FuM an die Gemeinden diese Obergrenzen zu beachten.

Eine Überschreitung dieser Obergrenze ist nur gestattet, wenn von der Gemeinde ein entsprechender Bürgerentscheid durchgeführt wird in dem mit Mehrheit ausdrücklich eine Obergrenze abgelehnt wird.

Die Ergebnisse sind an die Landesregierung zu melden.

## Begründung

Hilfsbereitschaft und Unterstützung von Menschen in Not ist immer Ausdruck von menschlichem Mitgefühl, von Verständnis und deshalb zu begrüßen. Aber auch für Hilfe gibt es Grenzen der Leistbarkeit. Die Nächstenliebe in den Herzen der Menschen mag unermesslich groß sein, aber deren materielle Mittel und Arbeitskraft sind nun mal endlich.

Die Aufnahmekapazitäten für die humane und ordnungsgemäße Unterbringung, Versorgung und Integration von FuM sind nahezu erschöpft. Darauf wiesen Bürgermeister und Kommunen bereits mehrfach hin.

Alle bisherigen Versuche z.B. Brandbriefe an Bund und Land Hessen, eine Eindämmung der Migrationsströme waren erfolglos. Ganz im Gegenteil, durch die Verstärkung der sogenannten „Pull-Faktoren“ (Anreize durch die europaweit höchsten monatlichen Sozialleistungen pro Asylbewerber, z.B. Deutschland 410 €, Großbritannien 210 €, Schweden 180 €, Griechenland 150 € und Ungarn 60 €) nimmt die Zuwanderung unverändert zu.

Weil die Regierungen seit 2015 weder im Bund noch in den Ländern Willens sind eine Obergrenze festzuschreiben und

1. die Abschiebezahlen weniger als marginal sind (ca. 600.000 Ausreisepflichtige stehen ca. 21.000 Abschiebungen in den Jahren 2022 und 2023 gegenüber)
2. Allein in 2022/2023 bereits über 2,6 Millionen Zuwanderer nach Deutschland gekommen sind
3. Die bisherigen sogenannten Flüchtlingsgipfel nicht erkennen lassen, dass man ernsthaft etwas gegen die Massenmigration tun will, steht nicht zu erwarten, dass eine Überforderung auch unserer Kommune verhindert werden wird.

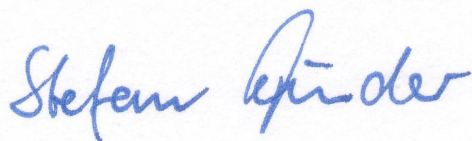
Die Rechtslage ist zwar so, dass der Landkreis die Zuweisungen (Königsteiner Schlüssel) durch das Land Hessen akzeptieren muss, dennoch darf dies nicht zu essentiellen Schaden und zur Gefahr für die Gemeinden werden.

Besteht eine mit hoher Wahrscheinlichkeit eintretende Gefahr für die Integrität der Gemeinden des Landkreises und am Ende vielleicht auch Gefahr für das grundgesetzlich gesicherte unversehrte gesellschaftliche Zusammenleben der Bürger, dann müssen zum Schutze (Verhinderung von größerem Schaden) Maßnahmen von den Verantwortlichen getroffen werden, die nicht mehr im Rahmen der Justiziabilität beurteilt werden können. (Notwehr bei Gefahr im Verzug)

Die in diesem Antrag enthaltenen Maßnahmen dienen dem Schutz der Sicherheit und Erhaltung der Funktionsfähigkeit aller beteiligten Einrichtungen und der Bürger der Gemeinden im Landkreis und eine kreisweite Koordination ist angemessen.

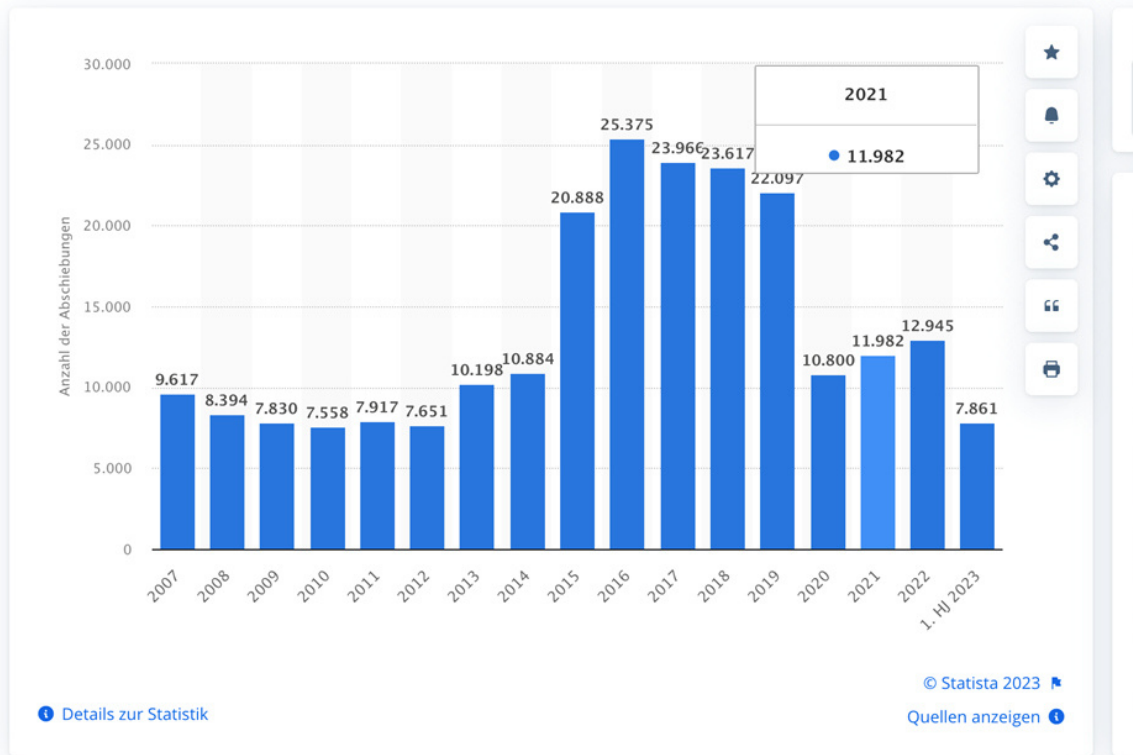
Die Kreistagsabgeordneten haben neben den Verwaltungen und den Kommunen in einer solch brisanten Situation eine große Verantwortung dem Bürger gegenüber und dieser Antrag kann dem Rechnung tragen.

Mit alternativen Grüßen



**Anlage Statista Zuwanderung und Abschiebungen Deutschland**

**Anzahl der Abschiebungen aus Deutschland von 2007 bis 2023<sup>1</sup>**



**Anzahl der Zuwanderer nach Deutschland von 1991 bis 2022**

